24. Januar 2017 bis 6. Februar 2017

Sieben internationale Banken wollen über eine gemeinsame Plattform auf Basis der Blockchain-Technologie die Handelsfinanzierung für kleine und mittelständische Unternehmen in Europa erleichtern. Zu diesem Zweck haben die **Deutsche Bank, HSBC, KBC, Natixis, Rabobank, Société Générale** und **Unicredit** eine entsprechende Absichtserklärung zur Entwicklung der gemeinsamen Blockchain-Plattform **„Digital Trade Chain" (DTC)** unterzeichnet. DTC basiert auf dem Prototyp einer Trade-Finance- und Supply-Chain-Lösung, die von KBC entwickelt und getestet wurde. Sie hat zum Ziel, die an Handelstransaktionen beteiligten Parteien online und über mobile Endgeräte miteinander zu verbinden und bei der Steuerung, Überwachung und Absicherung inländische und internationale Handelstransaktionen zu unterstützen. Geografisch möchte man sich zunächst auf die Länder Belgien, Luxemburg, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande und Großbritannien konzentrieren.

Die italienische Großbank **Unicredit** hat wichtige Schritte in der Sanierung gemacht. Auf der Versammlung der Aktionäre stimmten 99,6 Prozent der Anteilseigner für eine Kapitalerhöhung des größten italienischen Kreditinstituts in Höhe von 13 Milliarden Euro. Maßgeblich an dieser Kapitaloperation beteiligt sind die Investment-Banking-Einheiten von Unicredit, **Morgan Stanley** und **UBS**. Im Zuge der Finanzkrise hatte die **Hypovereinsbankmutter** bereits 2012 ihr Kapital um 7,5 Milliarden Euro erhöht.

Axa und die italienische Bank **Monte dei Paschi di Siena (MPS)** haben ihre strategische Partnerschaft um weitere zehn Jahre bis 2027 verlängert. Der französische Versicherer ist mit einem Anteil von 3,5 Prozent der zweitgrößte Aktionär der MPS, die im Gegenzug Produkte der Axa vertreibt.

Die **HSH Nordbank** hat auf dem Weg zu dem von der EU gewünschten Eigentümerwechsel ein weiteres Portfolio verkauft. Bis 2018 muss die Landesbank dafür problematische Altkredite im Wert von 3,2 Milliarden Euro veräußern, nun startete sie mit dem umfangreichen Verkauf in Höhe von 1,64 Milliarden Euro. Im Detail besteht das jetzt veräußerte Altportfolio aus Flugzeugfinanzierungen sowie kleinteiligen Krediten für kontinentaleuropäische Gewerbeimmobilien mit einem Volumen von rund 540 Millionen Euro, die zum Nichtkerngeschäft der HSH Nordbank gehören. Käufer für das Aviation-Portfolio ist die australische Investmentbank **Macquarie Bank**, die Immobilienkredite wurden von der **Bank of America Merrill Lynch** erworben. Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart.

Die **Deutsche Bank** hat sich mit der **Financial Conduct Authority (FCA)** in Großbritannien und dem **New York State Department of Financial Services (DFS)** auf Vergleiche im Geldwäscheskandal in Russland geeinigt. Die Untersuchung betraf unter anderem bestimmte Wertpapiergeschäfte, an denen die Standorte Moskau, London und New York zwischen 2011 und 2015 beteiligt waren. Im Rahmen des Vergleichs mit der FCA hat die Deutsche Bank einer Geldbuße von etwa 163 Millionen Pfund zugestimmt. Mit dem DFS hat sich die Deutsche Bank auf einen Vergleich in Form einer sogenannten Consent Order geeinigt. Gemäß dieser Vereinbarung zahlt die Bank eine Zivilstrafe von 425 Millionen US-Dollar, außerdem wird für bis zu zwei Jahre ein unabhängiger Prüfer eingesetzt. Die Summe ist von den vorhandenen Rückstellungen für Rechtsrisiken weitgehend abgedeckt.

Die **Erste Abwicklungsanstalt (EAA)** hat ihre Portfolio-Management-Tochter an die **Mount-Street-Gruppe** verkauft. Der Finanzdienstleister mit Hauptsitz in London übernimmt die **EAA Portfolio Advisers GmbH (EPA)** mit insgesamt rund 90 Beschäftigten an den Standorten London, Düsseldorf, New York, Madrid. Die EPA soll auch unter dem neuen Eigentümer als eigenständige Gesellschaft erhalten bleiben und wird bis mindestens 2020 Dienstleistungen für das EAA-Portfolio erbringen. Die Transaktion steht noch unter dem Vorbehalt entsprechender aufsichtsrechtlicher Genehmigungen, der endgültige Abschluss wird im ersten Halbjahr 2017 erwartet.

Die **Volksbank Karlsruhe** und die **Spar- und Kreditbank Karlsruhe** haben aufgrund der Herausforderungen der anhaltenden Niedrigzinsphase Fusionsgespräche aufgenommen. Die beiden Häuser arbeiten bereits in verschiedenen Projekten zusammen. Die Verschmelzung soll bei Zustimmung der Vertreterversammlungen im ersten Halbjahr 2017 rückwirkend zum 1. Januar 2017 beschlossen werden und damit noch vor der für Januar 2018 geplanten Fusion mit der **Volksbank Pforzheim** stattfinden. Gemeinsam beschäftigen die Volksbank Karlsruhe und die Spar- und Kreditbank Karlsruhe 443 Mitarbeiter, die über 47 000 Mitglieder beziehungsweise gut 90 000 Kunden betreuen. Das Fusionshaus würde eine Bilanzsumme von knapp 2,8 Milliarden Euro aufweisen, zusammen mit Pforzheim werden es dann 5,7 Milliarden Euro.

Allianz Global Investors weitet ihre Kooperation im Verwahrstellengeschäft mit der US-Depotbank **State Street** aus. Zu den bereits bestehenden Geschäftsbeziehungen wird die Fondstochter der Allianz eine Reihe weiterer Dienstleistungen wie Leistungen im Middle- und Back-Office, darunter Fondsadministrations-, Verwahr- und Treuhänderaufgaben, globale Verwahrung, Übertragung, Absicherung von Anteilsklassen und die Datenkonsolidierung von State Street beziehen. Eine Zustimmung der Verwaltungsgremien der Fonds und Aufsichtsbehörden steht jedoch noch aus.

Nach dem Kauf der Onlineplattform **Onvista** hat die **Comdirect** nun den Start einer digitalen Vermögensverwaltung in Form eines Robo-Moduls angekündigt. Geplant ist neben einem Tool für Selbstentscheider und einem Hybridmodell für den Beratungskunden auch ein voll automatisiertes drittes Modul. Starten soll der digitale Asset Manager im ersten Halbjahr 2017 und könnte nach erfolgreicher Einführung auch von der Mutter **Commerzbank** genutzt werden.

Western Union hat sich mit dem **US-Justizministerium** und der **Federal Trade Commission** auf eine Strafzahlung von 586 Millionen Dollar geeinigt. Western Union wurde vorgeworfen, Geldwäsche und andere Missbrauchsfälle trotz eindeutiger Warnsignale über Jahre nicht verfolgt und unterbunden zu haben. Da der größte Anbieter von Bargeldtransfers bereits 2010 aufgrund von Schmiergeldzahlungen für die Abwicklung illegaler Geldtransfers zu einer Strafe in Höhe von 94 Millionen Dollar verurteilt wurde, wollen die Behörden den Konkurrenten von Moneygram als Wiederholungstäter weiterhin unter Beobachtung behalten.